

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

28.11.1929 (No. 278)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Postfach
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Meud,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM... Einzelnummer 10 Pf... Samstags 15 Pf... Anzeigengebühr: 14 Pf... für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite...

Zur Aufwertung
der Lebensversicherungen

Obwohl das deutsche Aufwertungsgesetz, das im 8. Abschnitt die Aufwertung von Versicherungsansprüchen behandelt, bereits vor mehr als vier Jahren erlassen wurde, ist den aufwertungs-

berechtigten Lebensversicherungsnehmern nicht selten noch völlig unbekannt, welche Summe ihnen zusteht. Daß die Abwicklung der Ansprüche bisher von den Gesellschaften nicht reiflos durchgeführt werden konnte, ist vor allem in dem Umfange und der Schwierigkeit der Arbeiten, welche zu bewältigen sind, begründet.

Ob eine Unternehmung nach Genehmigung ihres Teilungsplanes durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung oder die zuständige Landesbehörde in der Lage ist, ihren Altversicherten endgültige Nachricht über das Aufwertungsergebnis zugehen zu lassen, müssen in erster Linie zwei Erfordernisse erfüllt sein. Zunächst ist unbedingte Klarheit über die Aufwertung, welche das zur Verteilung gelangende Anstaltsvermögen erfährt, notwendig. Mit den Schuldnern der Gesellschaften waren häufig langwierige Prozesse bis in die letzte Instanz zu führen, bis sich diese zur Anerkennung ihrer Verpflichtungen verstanden. Zum zweiten sind die Ansprüche der aufwertungsberechtigten Versicherten festzustellen. Bei der Zahl der Policen, welche zu berücksichtigen sind (bei der Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherungs-AG. handelt es sich beispielsweise allein um rund 3,5 Millionen), mußte die Lösung dieser Aufgabe selbstverständlich ebenfalls geraume Zeit beanspruchen.

Von einigen besonderen Fällen abgesehen, wie von Militärrentenversicherungen, bei welchen Rückgewähr der Prämien vereinbart ist, wird bekanntlich bei Lebensversicherungen nicht die Versicherungssumme oder etwa der Gesamtbetrag der Prämienleistungen aufgewertet, sondern der nach Abzug der verausgabten Einzahlungen und Verwaltungskostenanteile unter Berücksichtigung der Verzinsung verbleibende Restteil der Goldprämien, die Goldmarkreserve, welche nach versicherungsmathematischen Regeln zu ermitteln ist. Aus dem Verhältnis des aufgewerteten Vermögens der Gesellschaft zu ihren Verpflichtungen, das ist die Gesamtsumme der Reserven, ergibt sich dann der jeweilige Aufwertungssatz, der z. B. für die aufzuwertenden Versicherungen der Deutschen Beamtenversicherung (früher: Deutsche Lebensversicherung für Wehrmachtangehörige und Beamte), Berlin, 22 Proz. beträgt.

Die Aufwertungssätze sind bei den meisten Gesellschaften verhältnismäßig geringfügig, was darauf zurückzuführen ist, daß die aufzuwertenden Vermögensbestände der Unternehmungen keine einheitliche Zusammensetzung aufweisen. Nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz waren von den Gesellschaften die Reserven in Hypotheken, Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Während die ersteren in der Regel mit 25 Proz. ihres Goldmarktwertes aufgewertet werden, erfahren die Anleihen eine erheblich geringere Aufwertung. Die Höhe der zur Ausschüttung gelangenden Quoten wird daher besonders dadurch bestimmt, welchen Prozentsatz die Hypotheken in der Zusammensetzung der Vermögensmasse der Gesellschaft einnehmen.

Von den meisten Gesellschaften sind die Teilungspläne für die aufzuwertenden Versicherungen bereits genehmigt. Die Mehrzahl der Unternehmungen unterrichtet die Anspruchsberechtigten ohne jede Aufforderung unter Benützung der zuletzt bekannten Anschrift. Gegenwärtig läuft eine Anmeldefrist nur für die Aufwertungsberechtigten des Gifela-Vereins und der Wiener Allianz. Die Ansprüche müssen hier bis längstens 31. Dezember 1929 unter Einreichung der Police bei der Nachfolgesellschaft, der Deutschen Lebens- und Aussteuer-Versicherungs-AG. „Gifela“, München, geltend gemacht werden.

Interessenten erhalten auf Wunsch vom Säußerband der Lebens- und Feuerversicherer e. V., München 13, Neureutherstraße 13, gegen Einzahlung des doppelten Briefpostos kostenlos eine Broschüre überhandt, die nähere Einzelheiten über den Stand der Lebensversicherungsaufwertung enthält.

Zum Goldenen Priesterjubiläum des Papstes

WVA. Rom, 28. Nov. (Tel.) Heute mittag um 2 1/2 Uhr überreichte der deutsche Botschafter von Bergen dem Papst ein Schreiben des Reichspräsidenten mit den persönlichen Wünschen des Reichspräsidenten und denen der Reichsregierung zu dem Goldenen Priesterjubiläum des Papstes. Anschließend erfolgt die Übergabe des Geschenkes der Reichsregierung an den Papst.

Das Geschenk ist ein Duplikat des sog. roten Brunktafelrezeives Friedrichs des Großen, das seit gestern in dem von der Gattin des Botschafters, Frau von Bergen, besonders geschmückten Paraventensaal des Vatikan ausgestellt war. Botschafter von Bergen wird sich in Begleitung des Personals der Botschaft sowie des Vatikanreferenten des auswärtigen Amtes, Gesandtschaftsrat Klee, in den Vatikan begeben. Nach der Audienz findet die Verbringung des Geschenkes der Reichsregierung durch die Presse statt.

Das Recht des unehelichen Kindes

WVA. Berlin, 28. Nov. (Tel.) Der Reichsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Gesetzentwurfes über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes fort. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde mit 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 10 Stimmen beschlossen, daß dem unehelichen Kinde statt eines Zahlungsanspruches gegen die Eltern des Vaters ein Erb- und Pflichtteilrecht wie dem ehelichen Kinde zustehen soll. Angenommen wurde auch § 1714, der eine Vereinbarung zwischen dem Vater und dem unehelichen Kinde über den Unterhalt zuläßt, ebenso § 1715, der den Vater verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhalts für die Dauer von vier Wochen vorher und für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu ersetzen.

Letzte Nachrichten

Annahme des Republiksschutzgesetzes im Reichsrat

Das Reichsministergesetz

WVA. Berlin, 28. Nov. (Tel.) Im Reichsrat wurde heute das Republiksschutzgesetz in der Ausschußfassung mit 50 gegen 16 Stimmen angenommen.

Der Reichsrat beriet ferner das sog. Reichsministergesetz, das in den Ausschüssen in seinen Grundzügen unverändert geblieben ist. Nach diesem Gesetz dürfen die Minister dem Vorstande, dem Verwaltungs- oder Aufsichtsrat von Erwerbsgesellschaften nicht angehören; desgleichen dürfen sie Nebenbeschäftigungen nicht ausüben. Ausnahmen darf die Reichsregierung zulassen.

Als Versorgung wird in der Regel nur ein Übergangsgeld gezahlt, dessen Höhe sich nach der Amtsdauer richtet. Ausnahmsweise kann eine Ruherente gewährt werden. Die Ausschüsse des Reichsrates haben jedoch diese Ausnahme nur auf den Fall von Gesundheitsschädigungen beschränkt. Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte behalten ihre Pension.

Staatssekretär Weismann beantragte, die preussische Regelung zu übernehmen, wonach Minister nach vierjähriger Dienstzeit pensionsberechtigt werden.

Dieser Antrag, dem die Reichsregierung widersprach, wurde mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz selbst wurde einstimmig angenommen.

Severing für die deutsch-französische Verständigung

Br. Paris, 28. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Excelsior“, der in Deutschland eine Unternehmung über die deutsch-französische Beziehungen anstellen läßt, gibt eine Erklärung des Reichsinnenministers Severing wieder, in der es heißt, Deutschland und Frankreich hätten ungeheuer viele gemeinsame Interessen. Wenn man eine Formel finden könnte, die es ermöglichte, zu einer Verständigung zu gelangen, ohne die Rechte und die Interessen der anderen Länder zu schädigen, dann werde ein großer Schritt zur Erreichung des Weltfriedens getan sein.

Eine deutsch-französische Annäherung würde nicht nur eine allgemeine Entspannung zur Folge haben, sondern indirekt auch zum Abschluß ähnlicher Ententeen zwischen anderen Ländern beitragen. Die Verwirklichung des Briand'schen Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa werde an dem Tage nahe bevorstehen, an dem Deutschland und Frankreich die wirtschaftliche, gut-nachbarliche Entente verwirklicht haben würden, die er, Severing, aufrichtig wünsche. Auf alle Fälle glaube er, daß die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa nur möglich sei nach Abschluß einer deutsch-französischen Verständigung. Im übrigen erklärte Severing, die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes sei der Ansicht, daß die Politik Stresemanns nicht nur für die Wiederherstellung Deutschlands, sondern auch für die Sicherheit des Weltfriedens notwendig sei.

Ein Chinesischer Friedensvorschlag

WVA. Moskau, 28. Nov. (Tel.) (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Tschangschuehsiang stellte in einem Telegramm an Litwinow den Antrag, die Lage an der Ostschinabahn, wie sie vor dem russisch-chinesischen Konflikt bestand, vollständig wieder herzustellen sowie den ehemaligen Direktor und den stellvertretenden Direktor der Ostschinabahn wieder in ihr Amt einzusetzen. Volkskommissar Litwinow antwortete zustimmend und schlug die Entsendung von chinesischen Bevollmächtigten nach Chabarowsk vor, um die technische Durchführung der erwähnten Vorschläge mit Vertretern des Augenkommissariats und die Festsetzung des Termins und des Ortes für die Einberufung einer russisch-chinesischen Konferenz zu besprechen.

Eine Koalitionsregierung in China?

WVA. London, 28. Nov. (Tel.) „Morning Post“ berichtet aus Peking: Es scheint jetzt sicher, daß die gemeldeten Regierungssitze in Honan und Szechuan in Reich der Fabel gehören, daß hinter der Bühne eine Vereinbarung erzielt wurde, derzufolge Tschiangkaifsch sich demüßigt zurückziehen wird, und daß Verhandlungen im Gange sind, um eine Konferenz herbeizuführen, auf der die verschiedenen Gruppen versuchen werden, eine Koalitionsregierung zu organisieren. Der Korrespondent hält es für unwahrscheinlich, daß die Militärlisten in Nordchina und der linke Flügel der Nationalisten übereinstimmen werden. Die Aussichten für eine vereinte Regierung seien daher gering.

Tschitscherin läßt sich in Wiesbaden nieder. Der stellvertretende Außenkommissar Karadjan hatte laut „Germania“ in Wiesbaden eine längere Unterredung mit dem Außenkommissar Tschitscherin. Der Auslandsurlaub Tschitscherins wird vorläufig auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Tschitscherin wird noch mindestens ein Jahr im Ausland bleiben. Er hat Wiesbaden zu seinem ständigen Wohnsitz im Ausland gewählt.

* Der Volksentscheid

Jeder verantwortungsbewußte Politiker in Deutschland wird froh sein, wenn der Volksentscheid hinter uns liegt. Und schon allein deshalb ist es gut, daß die Reichsregierung sich entschlossen hat, eine weitere Hinauszögerung des Termins zu unterbinden und den Volksentscheid noch in diesem Jahre stattfinden zu lassen. Als Tag ist der 22. Dezember in Aussicht genommen.

Warum dieser Termin, weil er einige Tage vor dem Weihnachtsfest liegt, eine Schädigung für die Anhänger des Volksbegehrens bedeuten soll, ist nicht recht einzusehen. Im Gegenteil! Eher könnte man sagen, daß diese Festsetzung für die Anhänger der Aktion besonders günstig ist. Denn allenthalben haben um diese Zeit bereits die Ferien begonnen. Wichtige Landarbeiten sind nicht zu erledigen. Also wird gerade die Landbevölkerung im Norden und Osten, die ein starkes Kontingent der Anhänger des Volksbegehrens stellt, die beste Gelegenheit haben, zur Urne zu gehen. Der von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren gewünschte 15. Januar wäre faktisch lange nicht so günstig.

Es ist also wohl nur als der Ausdruck eines agitatorischen Bedürfnisses zu werten, wenn jetzt in einer Resolution des Reichsausschusses gegen den 22. Dezember schärfster Protest erhoben wird. Die Reichsregierung kann mit gutem Gewissen von sich behaupten, daß sie bei der Terminfestsetzung ein großes Entgegenkommen hat walten lassen. Wenn sie das tat, so waren dabei natürlich nicht nur Erwägungen der Gerechtigkeit, sondern auch Überlegungen außenpolitischer Natur maßgebend.

Wir wissen jetzt, daß die Haager Schlusskonferenzen Anfangs Januar stattfinden sollen. Bis dahin muß der Volksentscheid gefallen sein. Wie er ausfallen wird, darüber kann ja ein Zweifel nicht bestehen. Aber der Nationalismus in Frankreich wird sich erst dann beruhigen, wenn das Faktum als solches vorliegt, wenn also wirklich der Gesetzentwurf vom Volke abgelehnt ist. Nach der Auffassung der französischen Regierung würde es genügen, daß bis Ende Februar alle Formalitäten, die nach den Haager Abmachungen als Vorbedingung für die Räumung zu gelten haben, erledigt sind. In vier Monaten (März, April, Mai, Juni) glaubt man die organisatorische und taktische Aufgabe der Räumung bewältigen zu können. Jede Hinauszögerung des Termins, an welchem die Formalitäten erfüllt sind, müßte auch eine Hinauszögerung des Räumungstermins bedeuten und zu sehr unerwünschten, außenpolitischen Entwicklungen führen. Der Gedanke ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß solche Entwicklungen durchaus nach dem Geschmack der führenden Männer des Reichsausschusses wären. Die Reichsregierung aber hat demgegenüber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch den Volksentscheid die außenpolitische Situation für uns nicht verdorben wird.

In einzelnen deutschnationalen Zeitungen wird neuerdings erklärt, das Volksbegehren sei nicht verfassungsändernd. Wenn der Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung enthielte, müßte das in dem Entwurf selbst ausdrücklich gesagt sein. Der entsprechende Satz der Reichsverfassung heißt: „Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.“ Aus diesem Wortlaut folgt die deutschnationale Presse, daß die Verfassung den klaren Ausdruck des Wunsches nach einer Verfassungsänderung vorschreibt. Sie untertreibt dabei vor allem das Wort „soll“. Jedem Unbefangenen wird eine solche Interpretation absonderlich erscheinen. Sie ist willkürlich und konstruiert. Wer den Satz ganz unbefangenen liest, wird ihm doch einzig und allein den Sinn geben können, daß dann, wenn das dem Volksentscheid unterbreitete Volksbegehren nach juristischen Begriffen eine Verfassungsänderung in sich schließt und demgemäß eine solche beschlossen werden müßte oder sollte, die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten beim Volksentscheid erforderlich wird.

Im übrigen darf man wohl darauf vertrauen, daß die Reichsregierung erst nach sorgsamster, juristischer Prüfung den verfassungsändernden Charakter des Volksbegehrens festgestellt hat. An sich ist ja, auch vom Standpunkt des Reichsausschusses aus gesehen, die ganze Debatte recht unfruchtbar. Denn die Hoffnung auf Annahme des Volksbegehrens läßt sich ja unter keinen Umständen irgendwie ernsthaft begründen. Würde das Volksbegehren keine Verfassungsänderung in sich schlie-

hen, so müßten beim Volkentscheid mehr Zustimmung als einstimmig abgegeben werden. Es müßten also auch die Gegner des Gesetzentwurfs zur Urne gehen, eine regelrechte Abstimmung würde stattfinden, und die Befürworter des Gesetzentwurfs müßten die Mehrheit bekommen. Wenn man bedenkt, daß das Volksbegehren nur gerade die vorgeschriebenen 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt hat, 90 Prozent also nicht dafür zu erwärmen waren, dann ist es doch sonnenklar, daß auch bei einer regelrechten Abstimmung mit Ja und Nein keine Mehrheit für den Gesetzentwurf herauskommen kann.

Es ist wirklich ein Jammer, daß sich unser Volk in einer so ernststen Zeit von einer Agitation aufreihren lassen muß, deren Endziel nun und nimmer erreicht werden kann. Das ist verpuffte Kraft. Die innerpolitischen Gegenläge werden dadurch unnötigerweise vergrößert, und die Kosten, die der Gesamtheit der Staatsbürger durch die ganze Aktion erwachsen, gehen in die Millionen.

Die Lage von Reichsbahn und Reichspost

Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde mitgeteilt, daß die Jahreseinnahmen bis Ende Oktober die Ausgaben nur decken, nachdem diese in einem auf die Dauer nicht erträglichen Maße gedrosselt worden sind. Die Verkehrsentwicklung lasse auch für den Rest des Jahres ein besseres Ergebnis nicht erwarten. Eine durchgreifende Besserung der Finanzlage der Reichsbahn, sei es durch eine Minderung der auf ihr liegenden Lasten oder durch Tarifserhöhungen, bleibe also nach wie vor erforderlich. Aus diesem Grunde war es der Hauptverwaltung nicht möglich, dem Verwaltungsrat einen Vorschlag für das ganze kommende Jahr vorzulegen, der ohne Fehlbetrag abschließt. Die Verwaltung mußte sich deshalb auf ein vorläufiges finanzielles Notprogramm für die nächsten Monate beschränken.

Der Reichspostminister führte im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost zur Finanzlage u. a. aus, daß die Einnahmen in den ersten 7 Monaten des Rechnungsjahres 1929 hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien; es sei aber möglich, daß in den verkehrsstarken Wintermonaten der Rückgang aufgehoben werden könne.

Der Arbeitsausschuß nahm einige vorgeschlagene Änderungen der Fernsprechornung an. Sie betreffen hauptsächlich Verbesserungen im Fernverkehr. Bei dringenden Ferngesprächen kann der Anrunder künftig eine bestimmte feste Zeit für die Herstellung der Verbindung vorschreiben. Die Höchstdauer der Ferngespräche wird von 6 auf 12 Minuten erweitert. Für Tagungen, für die Übertragung von Neben usw. können Fernverbindungen auf eine Stunde und länger bereitgestellt werden. Eine Reihe von Erleichterungen ist für das Zustandekommen von Gesprächen vorgesehen, für die eine Person zu einer Sprechstelle gerufen wird.

Die Januar-Tagung des Völkerbundrates in London

Wien, 28. Nov. (Tel.) „Matin“ will wissen, daß neuerdings der Vorschlag gemacht werde, die drei im Januar 1930 geplanten Konferenzen, also die zweite Gauger-Konferenz, die Londoner Seabrüstkongresskonferenz und die Tagung des Völkerbundrates, dadurch zu ermöglichen, daß man in London selbst die Völkerbundratskonferenz abhalte, und zwar zu einem Zeitpunkt, der möglichst nahe an dem der Brüstungskonferenz liege, so daß nötigenfalls diese beiden Konferenzen mehrere Tage lang parallel nebeneinanderlaufen könnten, etwa in der Weise, daß die eine vormittags, die andere nachmittags tagen würde.

Ein neuer Großsender bei Stuttgart

In einer Besprechung, die im Berliner Juthaus unter dem Vorsitz des Reichsrundfunkkommissars stattfand, wurde, der „Post“ zufolge, mitgeteilt, daß beschleunigt ein Großsender bei Stuttgart aufgestellt werden soll. Die Bauzeit wird auf 8 bis 9 Monate geschätzt. Theoretisch würden für das neue Sendernetz acht Großsender in Betracht kommen. Man hofft aber, weniger Stationen zu brauchen. Parallel soll der Bau eines großen Gleichstromnetzes gehen. Man hofft, damit die große Gefahr abzuwenden zu können, die dem deutschen Rundfunk durch den Bau riesiger Auslandsender droht, die den Empfang der deutschen Sender innerhalb Deutschlands überbrücken würden.

Wieder ein betrügerischer Bankkommissionar flüchtig

Wien, 28. Nov. (Tel.) Seit Anfang November ist der 1890 in Altona geborene Bankkommissionar Löwenstein flüchtig, der in Berlin in verschiedenen Hotels als Jungeselle wohnte. Er unterhielt eine Bürogemeinschaft mit der Berliner Bank e. G. m. b. H. Löwenstein wird vorgeworfen, Betrügereien mit Reichsschuldbuchforderungen verübt zu haben. Seine Schwimdbeleien wurden durch Hintermänner unterstützt und gedeckt. Es besteht der Verdacht, daß sich unter ihnen auch Vorstandsmitglieder der Berliner Bank befunden haben. Es haben sich bisher etwa 10 Personen gemeldet, deren Forderungen zwischen 2000 und 40000 M. schwanken. Die Zahl der Geschädigten wird sich auch dadurch erhöhen, daß Löwenstein Filialen auch in anderen Städten unterhalten hat, so in München, Breslau und Düsseldorf. Dort hatte er Agenten, die seine Interessen wahrnahmen. Er selbst fuhr zwischen den Städten hin und her, um die Geschäfte abzuwickeln.

Auffsehenerregender Konkurs in London

Wien, London, 28. Nov. (Tel.) Großes Aufsehen erregte gestern abend in der Finanzwelt die Nachricht, daß einer der bedeutendsten Gesellschaftsleiter in der City von London, Henry Spencer Horne, seine Direktorenposten niedergelegt und angekündigt hat, daß er Konkurs gegen sich beantragen werde. In einem Schreiben an die Direktoren der British Cement Products and Finance Company weist Horne auf die sehr ernsten Verluste hin, die er infolge der ausnahmsweisen Entwertung seiner Anteile an den Gesellschaften, an denen er besonders beteiligt war, erlitten hat. Die Direktoren der British Cement Products and Finance Company erklären, daß die finanzielle Lage der Gesellschaft dadurch nicht berührt wird. Die Direktoren weisen darauf hin, daß allein das persönliche Vermögen Hornes in Mittelschicht gezogen ist.

Eine Meldung, wonach bereits eine Begnadigung des SINGER Arztes Dr. Richter zu lebenslänglichem Zuchthaus ausgesprochen worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Das Gnadenge such wurde erst in den letzten Tagen von der Oberstaatsanwaltschaft bestimmungsgemäß dem Verurteilten für Gnadenge such zur Weiterbearbeitung übergeben, von dem es erst an das Justizministerium weitergeht.

Aus dem Reichstag

Aufnahme der Winterarbeit — Kleine Vorlagen

Die erste Vollziehung, mit der der Reichstag am Mittwoch seine Winterarbeit aufnahm, war gut besucht. In den Reihen der Kommunisten entdeckte man auch die älteste weibliche Abgeordnete, Frau Klara Zellin, die jahrelang durch ihren Aufenthalt in Moskau dem deutschen Parlament ferngehalten war. Ohne Aussprache wurden zunächst der deutsch-perische Freundschafts- und Handelsvertrag, ein Zivilrechtsabkommen mit der Türkei und ein Freundschaftsvertrag mit dem Königreich der Belgien den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ein Gesetzentwurf, der die Kontrollbestimmungen über die Ausführung deutscher Kunstwerke auf ein Jahr verlängert und kleine organisatorische Änderungen bringt, ging an den Rechtsausschuß.

In der Aussprache wurde auch auf die Notlage der deutschen Künstler eingegangen. Allgemeine Zustimmung fand eine Entschließung des Zentrums, die eine Zusammenarbeit mit Österreich fordert, um den gesamtdeutschen Kunstbesitz zu schützen.

Dem Wohnungs- und Siedlungsausschuß wurden ein Gesetzentwurf über die Reichszuschüsse der Landarbeitersehlungen und eine Vorlage über die Bergmannsfehlungen überwiesen. Zu beiden Vorlagen nahm auch Reichsarbeitsminister Wissell das Wort. Er wies darauf hin, daß seit 1921 über 55 000 Landarbeiterwohnungen errichtet worden sind. Das Gesetz über die Bergmannsfehlungen wolle die bestehende Rechtsunsicherheit beseitigen und feststellen, daß die aus den Mitteln der Kohlenabgabe unter Reichszuschuß errichteten Bergmannswohnungen als Eigentum der Volksgemeinschaft zu betrachten sind.

Ein Gesetzentwurf über Aufwertung der Entschädigungen, die auf Grund der Einrichtung des Brauwassermismonopols zu zahlen sind, ging an den Steuerausschuß.

Zur Beratung kam schließlich noch ein kommunistischer Antrag, der Weisungsbefehl von 30 M für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten verlangte. Unter dem Vorn der Kommunisten wandte sich Reichsarbeitsminister Wissell gegen diesen Antrag, der für die einzelnen Beteiligten einen verhältnismäßig kleinen Betrag ergäbe, aber die Reichskasse mit 170—180 Millionen Kosten belasten würde. Viel zweckmäßiger als solche einmaligen Weisungen sei eine dauernde Besserstellung der Sozial- und Kleinrentner. In diesem Sinne wolle die Reichsregierung weiterarbeiten.

Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die um 2 Uhr beginnt, stehen wieder nur kleine Vorlagen, und zwar zunächst die zweite Beratung des Gesetzes über die Personenzulassung des Postens. Dieses sieht vor, daß eine örtliche inländische Besetzung nur zur Kennzeichnung der örtlichen Personenzulassung verwendet werden darf, daß aber die Landesregierungen in bestimmten Erzeugungsbereichen angebotenen Posten einer amtlichen Besetzung (Siegelung) unterstellen dürfen.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß alle offenen Verkaufsstellen am 24. Dezember nur von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein dürfen.

Preussisch-thüringische Besprechungen

Der Amtl. Preuss. Pressedienst meldet: Zwischen der preussischen und der thüringischen Staatsregierung fanden in Berlin Verhandlungen statt. Gegenstand der Verhandlungen bildete ein Verständigungsaustausch über die Frage, wie durch Bildung von Verwaltungsgemeinschaften eine Vereinfachung der Staatsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung von Sparmöglichigkeiten herbeigeführt werden könne. Es wurde festgelegt, daß es eine Reihe von Sachgebieten gibt, auf denen die Bildung solcher Verwaltungsgemeinschaften möglich ist. Die Verhandlungen sollen mit dem Ziel fortgesetzt werden, den Regierungen gemeinsame nähere Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Vorschlag zur Neugliederung Mitteldeutschlands

Der Landeshauptmann der preussischen Provinz Sachsen, Dr. Hübener, tritt in einem vor dem Wirtschaftsverband Mitteldeutschland in Halle gehaltenen Vortrag mit konkreten Vorschlägen für die Neugliederung Mitteldeutschlands hervor.

Dr. Hübener tritt für eine Dreigliederung Mitteldeutschlands ein und geht nach Möglichkeit von den alten Ländergrenzen aus. Der gut abgerundete Freistaat Sachsen soll bleiben, Thüringen soll gegenüber dem Stande des jetzigen Freistaats Thüringen wesentlich an Umfang und Bedeutung gewinnen durch Aufgehen aller preussischen Gebietszuschüsse in Thüringen und vor allen Dingen durch den Zuwachs von Erfurt mit dem gesamten Regierungsbezirk Erfurt (ausgenommen Kreis Graftschaft Hofenstein). Die dritte Reichsprovins Mitteldeutschlands denkt er sich gebildet durch den Zusammenschluß des größten Teiles der jetzigen Provinz Sachsen mit dem Freistaat Anhalt, wie er denn auch den Namen „Sachsen-Anhalt“ in Vorschlag bringt. Der wirtschaftliche Mittelpunkt Thüringens, die Stadt Erfurt, werde nicht länger durch Grenzen von dem Hauptgebiet Thüringens abgeschnürt bleiben dürfen. Mit der Stadt müsse auch das gesamte Gebiet des jetzigen Regierungsbezirks Erfurt, mit Ausnahme des Kreises Graftschaft Hofenstein, und der südliche Teil des Kreises Graftsberg an Thüringen fallen, so daß die neue Grenze bezeichnend werde durch eine Linie von der thüringischen Forste bei Kösen an der Saale zur thüringischen Forste bei Tschandburg (unweit Heddingen) und weiter zur Graftsfelder Forste westlich Weiherode. Es würden also Finne, Schmilde und Gaillette die neue natürliche Grenze bilden. Somit würde Thüringen einen ganz bedeutenden Zuwachs an zum Teil recht leistungsfähigen Gebieten erhalten.

Die Renten der Standesherren

Der Rechtsausschuß des Reichstags genehmigte den Gesetzentwurf über die Regelung älterer staatlicher Renten in der Fassung der neuen Kompromißanträge der Regierungsparteien.

Neu ist hier insbesondere, daß auch die für die Preisgabe oder den Verlust von Landes- oder Standesherrlichen Rechten gewährten Renten, die ursprünglich entschädigungslos fortfallen sollten, eine Aufwertung erfahren, die aber nur 5 Prozent betragen soll. Im übrigen wird der Aufwertungsfuß von 8 Prozent aufrechterhalten, ebenso wie der Satz von 25 Prozent für die Renten, die für den Verlust von Grundbesitz gewährt werden, der auf Grund privatrechtlichen Titels erworben worden war. Entschädigungslos fortfallen sollen Rechte, die für den Verlust von Leibrentenbegründungen begründet worden sind, da sie nach den Anschauungen der heutigen Zeit als unbillig angesehen werden. Von der Regelung werden Renten nicht betroffen, deren Bezugsberechtigte Gemeinden, Universitäten, Kirchengemeinschaften, Waisen- und Krankenhäuser usw. sind.

Das größte jemals in Amerika gebaute Flugzeug, das für 32 Personen berechnete Pöcker-Eindecker S. 32 ist in der Nähe des Flugplatzes Rooseveltfeld bei New York verunglückt und durch Brand vernichtet worden. Die Fluggäste konnten sich retten. Nur zwei erlitten Verletzungen.

Schnakenbekämpfung in Baden

Von Friedrich Glaser, Mannheim.

Erstreckend schnell haben in unserem milden Klima die Hauschnaten sich ausgebreitet. Obwohl sie sich selbständig kaum weiter als 1 Kilometer von ihrer Brutstelle entfernen, belästigen sie uns heute schon an Orten, wo man sie vor wenigen Jahren noch nicht kannte. Von unsren derzeitigen Verkehrsmitteln werden sie überallhin getragen, wohin sie aus eigener Kraft nie gelangen wären. Ihr Fortkommen ist vom Vorhandensein verunreinigten Wassers jeder Art abhängig, das sie in der Umgebung der Menschen in den verschiedensten Formen finden. Günstige Brutgelegenheiten bieten Pfuhlgruben, Abwassergräben und -gruben, Wasserbehälter in Gärten, Kläranlagen und Tümpel, die mit Urnat aller Art ausgefüllt werden. In diesen Brutstellen kommen zahlreiche Generationen Hauschnaten während des Sommers zur Entwicklung. Im Spätherbst ziehen sich die Weibchen in den verschiedensten Arten zur Überwinterung in frostgeschützte Räume, hauptsächlich Keller, zurück. Dort müssen wir mit Eintritt des Frostwetters zugreifen. Mit jeder einzelnen überwinternden Schnate vernichten wir ihre millionenfachen Nachkommen des folgenden Sommers. Es wird aber nie und mit keinem der zahlreichen Mittel gelingen, alle Hauschnatenweibchen im Winter zu erwischen. Einzelne werden sich immer wieder im Frühjahr hinüberretten und ihre Eier ablegen können. In die Winterbekämpfung der Hauschnaten in den Kellern muß sich darum oft schon im April die Sommerbekämpfung der Brut in den stehenden Gewässern im Freien anschließen. Der Erfolg kann bei fachgemäßer Arbeit nicht ausbleiben.

Durch dauernde Bekämpfungsbearbeitung haben sich unsere Städte größtenteils und auch eine ganze Anzahl Landorte, namentlich am Bodensee, von der Hauschnatenplage befreit. In vielen Gegenden aber sieht man dieser Plage immer noch gleichgültig gegenüber. Nur an Fremdenverkehrsplätzen, wo große Werte auf dem Spiel stehen, ist das Interesse an der Schnakenbekämpfung im Steigen begriffen. Aus zahlreichen Anfragen und Hilferufen, die bei der Bereinigung zur Bekämpfung der Schnakenplage in letzter Zeit eingelaufen sind, ist zu entnehmen, daß man den Mühsal des Fremdenverkehrs auf die mehr und mehr sich steigende Hauschnatenplage zurückführt, und daß man nun allen Ernstes an die Bekämpfung der Hauschnaten gehen will.

Erheblich schwieriger gestaltet sich die Bekämpfung der Wald- und Wiesenschnaten in den überschwemmungsgebierten und bei schlecht funktionsierenden Wiesenwässerungen. Diese Schnatenarten überwintern nicht in unsern Kellern, sondern legen ihre Eier im Laufe des Sommers in Gras und Moos solcher Erdenknoten ab, die gelegentlich einmal von Wasser überflutet werden. Kälte und Trockenheit intensiver Art schadet den Eiern nicht. Sobald aber Wasser von mindestens 10 Grad Wärme sie überdeckt, beginnt die rasche Entwicklung. Schon nach 10 Tagen erheben sich die schlüpfrigen Schnaten in die Luft und breiten sich in der Umgebung bis zu 15 Kilometer von der Brutstelle aus. Es ist als ein Glück zu bezeichnen, daß die Wald- und Wiesenschnaten nur in solchen Gegenden sich ansiedeln können, wo ihnen periodisch steigendes und fallendes Wasser zur Verfügung steht, und daß sie in unsere Wohnungen nur selten und vereinzelt eindringen.

Eine Winterbekämpfung der Wald- und Wiesenschnaten ist also nicht möglich. Sie können nur durch eine Sommerbekämpfung, die in den Wäldern im März und auf Wasserwiesen sofort nach Beginn der Frühjahrswässerung einzuführen ist, in Brutform vernichtet werden. Da es sich vielfach um riesige Wasserflächen handelt, die entweder zu entwässern oder mit chemischen Mitteln zu behandeln sind, scheut man vor einer umfassenden Bekämpfung der Wald- und Wiesenschnaten vielfach zurück. Daß man aber auch hier, wenn man will, einen Erfolg erringen kann, zeigte die Stadt Bruchsal, die schon vor jeher im Sommer von diesen Schnatenarten heimgesucht worden ist. Die Steigerung der Plage im Sommer 1928 forderte zu energischer Gegenwehr heraus. Eine gründliche Erforschung der Brutstellen auf den Wasserwiesen und in den Wäldern der Umgebung lieferte die Unterlagen zu den Bekämpfungsmassnahmen, die vollen Erfolg hatten. Bruchsal war im Sommer 1929 frei von Schnaten.

Wo eine Schnatenbekämpfung nötig fällt, werden gewisse Widerstände zu überwinden sein. Ohne eine bezirkspolizeiliche Vorkehrung, zu welcher die Maßnahmenverordnung des badischen Ministers des Innern vom 19. Dez. 1910, Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 46, die Grundlage bietet, ist eine zielbildende Arbeit nicht möglich. Die Ausbildung geeigneten Personals ist weiterhin unerlässlich, wenn nicht gleich von vornherein alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Schnatenplage, Geschäftsstelle Mannheim, Bödlinstr. 40, der alle Erfahrungen aus Seite stehen, und von der die praktischen Anleitungen zur Sommer- und Winterbekämpfung erhältlich sind, wird gerne jedermann mit Rat und Tat bei Einführung einer Schnatenbekämpfung unterstützen.

Schulgeldeinzahlung durch Postcheck. Eine bedeutsame Neuerung im Schulgeldebüro hat der preussische Kultusminister getroffen. Im neuesten Kundentat wird laut „Post. Ztg.“ vorgeschrieben, daß künftig das Schulgeld an den vom Staat unterhaltenen höheren Schulen durch Überweisung auf das Postcheckkonto der Schule einzuzahlen ist und die bisher übliche bare Entrichtung in den Klassen nicht mehr stattfinden dürfte. Der Erlaß betont, daß der neue Weg hauptsächlich deshalb beschritten worden sei, weil sich bei dem früheren Verfahren zu viel Unzuverlässigkeiten ergeben hatten. So sei es z. B. fast immer dort zu peinlichen Situationen gekommen, wo Preisstelleninhaber oder minderbemittelte Schüler durch den bisher geübten Brauch der Schulgeldeinzahlung berührt wurden.

Gegen eine neue Amnestie. In den von Offen ausgehenden Bestrebungen auf Erlaß einer neuen Amnestie meldet der „Demokr. Zeitungsb.“, in demokratischen Kreisen bestesse ebenso wie bei anderen Parteien keine Meinung, einer solchen Forderung stattzugeben, da eine neue Amnestie nur ein Anreiz für politische Abenteuerer sein könnte, in unruhigen Zeiten Straftaten zu begehen, die in Zeiten der Beruhigung dann keine Ahndung finden würden.

Die Stilleferjochbahn. Seit dem Jahre 1926 wird der Plan einer neuen Nordbahn durch die Alpen erörtert. Nimmhermeden Bogner Mäurer, daß Mussolini die Provinzialverwaltung von Mailand mit der Erbauung des Stilleferjochunnels und der entsprechenden Zufahrtsstrecken beauftragt hat. Damit wird eine neue direkte Eisenbahnverbindung der Alpen zwischen Brenner und Gotthard angebahnt. Durch die Erbauung des Niesenunnels unter dem Stilleferjoch (2760 Meter) wird auch die Erbauung der Nischen-Scheideb-Bahn und deren Fortsetzung über den Fernpost nach Bayern afat.

Deutsches Red für Frankreich. Das große Schwimmbad der Seltiner Bacht Müde & Co., die in Romulus steht, soll als Reparationslieferung für die französische Regierung abgeliefert werden. Es wird nach Casablanca in französisch-Marokko geschleppt werden.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der ersten Hälfte des November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung wieder um 126.000 oder 14,2 Proz. gestiegen.

Die erste Stadtverordnetenversammlung in Berlin wird in der neuen Wahlperiode für Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags einberufen.

Badischer Teil

Die Einigung im badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen

Die neue „Badische Landwirtschaftsbank (Bauernbank)“ Am heutigen Donnerstag fanden in Karlsruhe im Großen Festsaal die gut besuchten außerordentlichen Generalversammlungen der in Karlsruhe dominierenden landwirtschaftlichen Organisationen statt.

Verbandspräsident Keibel hieß die Anwesenden herzlich willkommen, insbesondere auch die Vertreter der Kreuztischgenossenschaftsklasse. Am 21. Dezember 1930 fand in Karlsruhe im Großen Festsaal die gut besuchte außerordentliche Generalversammlung der in Karlsruhe dominierenden landwirtschaftlichen Organisationen statt.

Milchversorgung in Baden

Kürzlich fand in Landa unter Vorsitz des Verbandspräsidenten Nerpel des Badischen Molkeereverbandes, Karlsruhe, eine Besprechung mit den Vorständen der nach Mannheim liefernden Genossenschaft des badischen Hinterlandes statt.

Nach einer städtischen Vorlage an den Bürgerausschuss will sich die Stadt Forzheim mit einer Stammeinlage von 6800 Reichsmark an der zu gründenden „Milchversorgung Forzheim, G.m.b.H.“ beteiligen, die zur Erhaltung und zum Betrieb eines Milchhofes in Forzheim gemeinsam mit der Milchzentrale und den in Frage kommenden Produzentenverbänden errichtet werden soll.

Rentenzahlung für Dezember

Die Postanstalten beginnen mit der Auszahlung der Unfall- und Invalidenrenten für Dezember in Berlin bereits am 29., in den übrigen Orten am 30. November. Den Renteneempfängern wird empfohlen, die Dezemberbezüge möglichst an diesen Tagen abzugeben.

Ein Vorschlag zur Wiederaufnahme der Verhandlungen für die große Koalition

Der frühere Landtagsabgeordnete und Mitglied der volksparteilichen Fraktion, Amtsgerichtsdirektor Oßfischer, befaßt sich in der „Freiburger Zeitung“ in einem Artikel unter der Überschrift „Ein offenes Wort zur Regierungsbildung in Baden“ mit dem Scheitern der großen Koalition und schreibt dazu u. a.:

„Das Zentrum hat nun einmal einen großen Wahlerfolg gehabt und ist die weitaus größte Partei. Welcher gerechten Denkens kann es ihm verwehrt sein, wenn es da versucht, seine Wünsche nach einem der bedeutungsvollsten Ministerien anzumelden? Die Möglichkeit, Tradition zu wahren, scheitert meistens an der Macht der Tatsachen.“

„Was soll also werden. Jedermann sieht den derzeitigen Zustand als ein Provisorium an. Und doch haben sich die Parteien festgesetzt. Soll man das Zentrum mahnen, jetzt noch der liberal-demokratischen Gruppe das Unterrichtsministerium einzuräumen und der Sozialdemokratie wieder das Innenministerium zu überlassen?“

„Das Hauptorgan des Zentrums, der „Badische Beobachter“, schreibt dazu u. a. : „Sobiel sei bemerkt, daß die Ausführungen Oßfischers den Vorzug haben, weil ein staatsmännisches Gedankengut sie leiten.“

Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger e. V.

Die Organisation der badisch-pfälzischen Zeitungsverleger hatte für den 25. November seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach Baden-Baden eingeladen.

Zunächst galt es, dem Verein eine neue Satzung und neue, den Verhältnissen angepassten Grundstücke, Stadtrat Koellin, Baden-Baden, die Feststellung machen müssen, daß die wirtschaftliche Not der Zeitgenossen in sehr starker Weise sich bemerkbar mache, und zwar einerseits in einem ungeheuren Ausmaß der fortwährenden Anfechtung auf allen Gebieten des Zeitungsverlags, und auf deren andern Seite in erheblicher verminderter Einnahmen.

Zur Beratung stand ferner die derzeitige Wirtschaftslage der Zeitungen. Dazu hat der Vereinsvorsitzende, Stadtrat Koellin, Baden-Baden, die Feststellung machen müssen, daß die wirtschaftliche Not der Zeitgenossen in sehr starker Weise sich bemerkbar mache, und zwar einerseits in einem ungeheuren Ausmaß der fortwährenden Anfechtung auf allen Gebieten des Zeitungsverlags, und auf deren andern Seite in erheblicher verminderter Einnahmen.

„In seinen Begrüßungsworten gedachte der Vorsitzende auch des fürzlich verstorbenen früheren Verlegers der Konstanzener Zeitung, Otto Reuß, Konstanz, mit dem der Verein nicht nur einen seiner Gründer, sondern auch einen stets treuen Anhänger der Organisation verloren hat.“

Raucher!! Doppelte der Genuss mit Wybert, der Rachen ist vor Entzündung geschützt, der Atem rein! Wölbund In Apotheken und Drogerien RM. 1.25 und 70 Pfg.

Auf der Tagung des Verbandes der katholischen Waisenfürsorgeerziehung Deutschlands in Freiburg wurden am Mittwoch die praktischen Fragen der Erziehung von Hochopathen behandelt.

Aus der Landeshauptstadt

100-Jahr-Feier der Gendarmerie. Am Sonntag, 1. Dezember 1930, feiert die badische Gendarmerie als Landespolizeianstalt auf eine hundertjährige Tätigkeit zurück.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine neue atlantische Depression ist vor der europäischen Westküste angelangt. Der Aufgleitregen überdeckt ganz England und Nordwestfrankreich.

Gemeinderundschau

Ungültige Bürgermeisterwahl. In der Bezirksratsitzung wurde der am 2. November in Malsch (Amt Ettlingen) resultierend verlaufene dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl für ungültig erklärt, weil bei der Wahlhandlung Wahlzettel zur Abgabe der Stimmzettel verwendet wurden, was der Wahlordnung widerspricht.

Neuer Theatervoranschlag in Mannheim. Der Mannheimer Theaterausschuß hat nun eine Unterkommision beauftragt, im Benehmen mit dem Intendanten und dem Theaterreferenten sofort einen neuen Voranschlag aufzustellen, mit dem Ziel, durch weitere Streichungen bei den Ausgaben einen geringeren Betriebszuschuß zu erreichen.

Abgelehnter Voranschlag. Der Bürgerausschuß Ottenheim bei Lahr lehnte mit großer Mehrheit wegen der beantragten Erhöhung der Gehälter der Gemeindebeamten den Gemeindevoranschlag für 1929/30 ab.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Wiesloch, 27. Nov. Das große Tonwerk der Tonwarenindustrie-W.G., Wiesloch, wurde über die Wintermonate infolge Abfertigung und allzu großer Materiallagerung stillgelegt.

D.3. Freiburg i. Br., 27. Nov. Der seit etwa drei Wochen vermisste Architekt Wilhelm Wagner von Freiburg wird auf Grund einer Anzeige wegen Unterschlagung gesucht. Wagner hatte für einen Freiburger Geschäftsmann in St. Georgen ein Haus für 15.000 Reichsmark erbaut, davon den am Bau beteiligten Handwerkern 8.000 Reichsmark ausbezahlt und den Rest von 7.000 Reichsmark, der der Würkle-Bank angewiesen war, abgehoben und für sich verbraucht.

Die in Konstanz getragene Milchverwertungsgenossenschaft Oberlauringen, G.m.b.H., hielt hier ihre letzte Generalversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Der Vorsitzende des bisherigen Vorstandes, Gütsbesitzer Rast (Milsbühl), erklärte, daß laut Entscheidung des Reichsgerichts der Beschluß der Generalversammlung vom vorigen Jahre, wonach infolge der Verluste von jedem Genossenschaftler pro Jahr 80 Reichsmark zu erheben seien, rechtsun gültig gewesen sei.

Die in Konstanz getragene Milchverwertungsgenossenschaft Oberlauringen, G.m.b.H., hielt hier ihre letzte Generalversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Der Vorsitzende des bisherigen Vorstandes, Gütsbesitzer Rast (Milsbühl), erklärte, daß laut Entscheidung des Reichsgerichts der Beschluß der Generalversammlung vom vorigen Jahre, wonach infolge der Verluste von jedem Genossenschaftler pro Jahr 80 Reichsmark zu erheben seien, rechtsun gültig gewesen sei.

Handel und Wirtschaft

Berliner Debitennotierungen

Table with 5 columns: City, 28. November, 27. November, and 26. November. Cities include Amsterdam, Kopenhagen, Genua, London, New York, Paris, Schweiz, and Wien.

Zum Zusammenbruch der Würkle-Bank, Freiburg. Der katastrophale Zusammenbruch des Bankhauses Otto Würkle & Co. dessen Wirtungen sich heute immer noch nicht übersehen lassen, hat zu einer Gerüchthochflut in Freiburg geführt.

Literarische Neuerscheinungen

Hermann Stegemann: Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 528 S. (In Leinen gebunden 15 M. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/Berlin/Leipzig.) — Hermann Stegemann, weit bekannt als Dichter und Weltberühmt als kritischer Geschichtsschreiber des Weltkrieges, läßt in seinem imposanten Erinnerungsbuch sein Leben und sein Wirken an uns vorüberziehen: jene uns Heutigen so weit in die Vergangenheit zurückzuführen scheinernde Jugend- und Reifezeit der Jahrzehnte vor dem Kriege, jene Gipfelsjahre des Wirkens als Kritiker und Historiker des Weltkrieges mit der tief wirkenden Vorkriegszeit für den Werner Bund, die die Augen der Welt auf sich zog. Seine begnadete Feder, bewährt in seinen Romanen wie in seinen epochalen historisch-politischen Werken, formt, trotz jahrelanger körperlicher Leiden ungebrochen, ein eindrucksvolles und farbiges Bild seines an Erlebnis und Leistung so reichen Lebens, das von den Freunden und Bewunderern seines literarischen Werkes mit warmer Freude begrüßt wird. — Wir werden noch an anderer Stelle auf das interessante Buch zurückkommen.

Eugen Diesel: Die deutsche Wandlung. Das Bild eines Volkes. 392 Seiten mit 8 Karten. In Hüttenumschlag 6 M. Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart. — Eugen Diesel, der Verfasser des bekannten kulturphilosophischen Werkes „Der Weg durch das Wirftal“, unternimmt es hier, das deutsche Land und seinen Bau, die Landschaft, Stadt und Städtebau, Stammes- und Reichsdeutsche mit ihren Eigenschaften, Arbeit, Industrie, Geist, Kultur, Verkenntnis, Partei, Beruf, Behörde, darüber hinaus aber die allgemeine Stimmung des deutschen Volkstums auf solche unmittelbar Weise zu schildern, nicht von einem Winkel, einer Meinung, einer politischen, geschichtlichen, staatsphilosophischen, raffischen Idee oder Konstruktion aus, sondern mit unbefangener Auge und Ohr, zugleich kritisch und liebevoll, ernst und humorvoll. Es handelt sich um eine ganz neue geistige und schriftstellerische Leistung, deren Reiz darin besteht, daß Deutschland aus großem Abstand gesehen wird, wie ihn bisher nur Ausländer befehen; daß aber gleichwohl eine warme seelische Nähe zu allen deutschen Erscheinungen zu verspüren ist. Dies „Deutsche Bild“ ist aber nicht das einzige Ergebnis des Buches. Darüber hinaus weist es nach, daß ein ganz neues deutsches Lebensgefühl entsteht, und daß damit in unseren Tagen das Werden der eigentlichen deutschen Nation sich anbahnt. Das Buch ist eine philosophische und künstlerische Geographie Deutschlands. Der Preis des Buches muß in Anbetracht seines Umfangs und seiner vornehmen Ausstattung als außerordentlich niedriger bezeichnet werden.

Meister und Werke. Gesammelte Aufsätze zur Geschichte und Schönheit bildender Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Von Wilhelm Hausenstein. 315 Seiten mit 16 Bildtafeln. (Verlag Knorr & Hirth G. m. b. H., München. Gebunden 8 M.) — Wilhelm Hausenstein zeigt sich in seinem neuen Bande „Meister und Werke“ wiederum als Kunsthistoriker, der sein Thema in besonderer Weise lebendig und anschaulich zu gestalten weiß. Sein Buch ist eine Darstellung der Kunst in einzelnen Querschnitten, eine Art Kunstgeschichte, in der es nur Wichtiges, Wesentliches zu lesen gibt. Es nennt nicht alle Daten und Namen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit — in diesem Buch hat sich einfach das Entzückende und die Begeisterung eines der Kunst eng verbundenen Menschen und Forscher mitgeteilt.

Zeitgenossen von M. A. Abanov. Aus dem Russischen übertragen von H. Febr. von Campenhaußen. Mit 8 Vollbildern. (Ganzleinen 9,50 M. Schlieffen-Verlag Berlin W 35.) — In geistvollen Essays beschäftigt sich Abanov, der in Paris lebende bedeutendste moderne russische Schriftsteller, mit einer Reihe von Staatsmännern Frankreichs, Englands, Deutschlands, und Russlands. Er schreibt keine Biographien, sondern beruht es, mit einer selten scharfen Beobachtungsgabe von jeder Persönlichkeit die hervorsteckenden Züge dem Leser plastisch vor Augen zu führen. Ob er Clemenceaus erstes Auftreten auf den Barricaden der Kommune, seine Rolle im Panama-Skandal oder sein kraftvolles Handeln während und nach dem Weltkrieg schildert, ob er den politischen Werdegang von Lloyd George oder die schrecklichsten Greuelthaten russischer Volkskommisars erzählt, stets ist der Leser gefangen von der unvergleichlich scharfsinnigen Beobachtungsgabe und der Fülle der für die beschriebenen Persönlichkeiten charakteristischen Tatsachen, welche Abanov mit feinem literarischem Geschmac, aber mit ungewöhnlicher Kraft des Ausdrucks niederschreiben versteht. Die behandelten Persönlichkeiten, Clemenceau, Lloyd George, Briand, Ludendorff, Winston Churchill, Stalin und

Lunatscharksi, werden durch die Eigenart der Abanovschen Schilderung dem Leser so nahe gebracht, daß er atemlos deren ereignisreiche Stunden mitzuerleben glaubt.

Himmelsbild und Weltanschauung. Von Troels-Lund. Autorisierte vom Verfasser durchgeführte Übertragung von Dr. E. Bloch. 5. Auflage. (Geb. 3 M. V. G. Teubner, Leipzig.) — Das längere Zeit vergriffene Buch erscheint jetzt in neuer Auflage. Es ist eine wahre Lust, diesem fundigen und geistreichen Führer auf dem langen, aber nie ermüdenden Wege zu folgen. Dabei erhält nicht nur vieles von dem bisher Bekannten ungewohntes und eigentümliches Licht, sondern es eröffnen sich auch ganz neue und überraschende Ausblicke.

Unser Deutsches. Von Geheimrat Professor Dr. F. Kluge. 5. Auflage. 21.—25. Tausend. Neubearbeitet von Professor Dr. A. Göhr. 126 Seiten. Geb. 1,80 M. (Sammlung Wissenschaft und Bildung.) Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig. — Diese kleine Einführung in unser Deutsches vermittelt so viel des Wissenswerten und Nützlichen, daß man nur empfehlen kann, sich an Hand dieses Buches etwas eingehender mit unserer Muttersprache zu beschäftigen.

Der junge Goethe. Von Professor R. Victor. 165 Seiten. Geb. 1,80 M. (Sammlung Wissenschaft und Bildung.) Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. — Der eigenartige, knappe hündige Stil des Verfassers und der geradezu dichterische Schwung der Darstellung machen die Lektüre dieses Buches zu einem einzigartigen Genuß, dem sich auch der Kenner Goethes gern und mit Gewinn hingeben wird.

Dr. Werner Wolf: Der Mond im deutschen Volksglauben. Bausteine zur Volkskunde und Religionswissenschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Eugen Fehle, 2. Heft, 91 Seiten, 12 Abbildungen. 8 M. Kottorbia G. S., Bühl (Baden). — Wolfs Buch gibt einen anschaulichen Einblick in die Beziehungen, in welche der Glaube unseres Volkes den Mond gebracht hat. Wir sehen ihn und sein Licht bald heilbringenden Segen in der Sympathie, bald aber bösen Zauber in schwarzen Künsten bewirken. Dann begegnen wir dem Mann im Mond und der Spinnerin, die man in den Flecken des Gestirnes zu erkennen glaubt. Wir sehen ferner, wie andere Völker sich daraus andere Bilder und Sagen gestalten.

Ernst Löns über Hermann Löns. Nach dem großen Erfolge des vor zwei Jahren erschienenen ersten Bandes der Löns-Biographie von Ernst Löns „Hermann Löns' Jugendzeit“ (Aufgabe 20 000) wurde die Fortsetzung mit Spannung erwartet. Sie liegt jetzt vor als ein stattlicher Band von 248 Seiten in schönem Gewande unter dem Titel „Hermann Löns' Mannesjahre. Sein Leben und Schaffen bis zum tragischen Ende.“ (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W. In Ganzleinen gebunden Preis 6 M.) Hier entrollt sich vor dem Leser ein Bild vom Leben und Schaffen des Dichters, wie es der großen Löns-Gemeinde bisher noch nicht geboten wurde. Eine dem Dichter verwandte Erzählergabe spricht aus diesem Werk. Besonders wichtig aber wird es durch die Fülle bisher unbekannter Materials, das in dieser Reichhaltigkeit nur dem Bruder des Dichters zur Verfügung stand.

Erich Koch, Meier: Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit. (Verl. K. W. Vowinkel, Berlin-Grunewald.) Wir brauchen eine solche Darstellung, um uns klar zu werden, welchen Aufschwung Deutschland in einem Jahrzehnt gewonnen hat. Wie wenig Jahre trennen uns im Grunde von Rapp- und Hiltlputz, von Inflation und Notwehrdruck! Die Außenpolitik und insbesondere Sirejemanns Wirken ist es, das die Voraussetzungen für den im Ausland viel bestrauten, bei uns noch immer nicht begriffenen Wiederaufstieg schuf.

Köhlers Kolonial-Kalender 1930. Ein interessanter Beitrag in dem soeben in gewohnter Reichhaltigkeit erschienenen Köhlerschen illustrierten Kolonial-Kalender für 1930 zeigt, mit welcher Kaufkraft England in den Kolonialländern seines Weltreiches verfuhr. Daneben stehen in dem Statistischen, mit über 100 Abbildungen und mehreren Kunstbeilagen geschmückten Buch von 280 Seiten zahlreiche andere interessante Aufsätze aus der Feder bekannter Kolonialfachleute und vor allem eine große Anzahl spannender, atemberaubender, reich illustrierter Erzählungen, die in unseren ehemaligen Kolonien und anderen exotischen Ländern spielen. (Verlag Wilhelm Köhler, Minden i. W.)

Köhlers Flotten-Kalender. Die Geschichte des irrigen Leuchtturmwärters von St. Lawrence erregte vor einigen Jahren, wie man sich erinnern wird, großes Aufsehen. Ganz geklärt wird der entscheidende Kriminalfall durch die Erzählung in Köhlers illustriertem Flotten-Kalender für 1930, der soeben erschienen ist. (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W.) Atemberaubende Spannung ist überhaupt das Kennzeichen all der vielen, reich illustrierten Erzählungen in dem neuen Jahrgang des seit Jahrzehnten beliebten und weitbekannten Flotten-Kalenders, ob es nun in der Seeräubergeschichte aus Westindien und den „Schah des Piraten“ geht, ob eine „Meuterei an Bord“ oder „Ein Gottesgericht“ erzählt wird.

Die Württembergischen Regimenter im Weltkrieg 1914—18. Herausgegeben von General a. D. G. Klaischen. Band 46: Das Württembergische Reserve-Feldartillerieregiment Nr. 54 im Weltkrieg 1914—18. Bearbeitet von Oberst a. D. Max. Mit 30 Kartenstücken, sowie mit Zeichnungen von Othwald Voelberger, U. Schott, R. Sapper und 90 Abbildungen nebst 1 Übersichtskarte. 240 Seiten Großformat. In Halbleinen geb. 10 M. Chr. Vesper AG., Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. — Das Regiment hat immer auf der Westfront gekämpft, oft an Hauptkampffronten. Die Verluste sind dementsprechend auch größer als bei andern württembergischen Feldartillerieregimentern. Besonderen Wert ist auf die Ausstattung des Buches gelegt. Zeichnungen, die der ehemalige Telefonist beim Regimentstab, der bekannte Kunstmalers Othwald Voelberger seinerzeit in das Fremdenbuch des Regiments gezeichnet hat, wurden bewertet, ebenso Beiträge von U. Schott und R. Sapper. Zahlreiche Kartenstücken ergänzen aufs glücklichste den Text und geben ein anschauliches Bild von den Kämpfen des Regiments.

„Olympischer Wintersport“. 68 Bilder, eingeleitet und erläutert von Carl J. Luther. Schaubücher 4. Herausgeber Dr. Emil Schaeffer. (Drell Fühl Verlag, Zürich und Leipzig.) — Als Rückblick auf die letzten und besonders als Ausblick auf die kommenden Olympischen Winterspiele in Lake Placid wird auch dieser Band der „Schaubücher“ höchlich willkommen sein.

Rudolf Kippling: Das kommt davon. Geschichten und Märchen. Deutsch von Hans Hofhe. Mit neun farbigen Bildern von Walter Trier. (In Leinen 7,50 M., Paul List Verlag, Leipzig.) — Diese Tiergeschichten Kiplings sind, neben „Mice im Wunderland“, das Kinderbuch der angelsächsischen Welt. Ihre Eigenart besteht darin, daß hier die Phantasie des großen Dichters die lustigsten Ranken treibt in natur- und entwicklungsgeschichtlichen Wirklichkeiten. Seine seltene Kraft, die schon den „Nehungsbüchern“ ihren eigenen Namen gegeben hat: die Wesenheit jedes dieser Geschöpfe Gottes bildhaft und einbringlich aus Licht zu stellen, waltet auch hier. Ein herrliches, kindhaftes Lachen geht durch diese scheinbar so leicht hinfabulierten Schurzchen, die dennoch in jedem empfänglichen Gemüt ein tiefes Gefühl von den vielgestaltigen Wundern dieser ErdennWelt hinterlassen. Ihr Bilderreichtum findet in dem prachtvollen Humor Walter Triers die begünstigteste Spiegelung.

Ernst Schmarn: „Im Ferienhäuschen“. Eine Geschichte für Knaben und Mädchen. 241 S. 6 farbige Illustrationen von G. Tomamichel. (Halbleinen 5,20 M., Drell Fühl Verlag, Zürich und Leipzig.) — Das Buch ist für Knaben und Mädchen bestimmt; denn beider Taten und Untaten spielen eine große Rolle im Leben der Lehrgemeinschaft, die aus der Stadt nach dem herrlichen Berner Oberland zieht und dort in einem heiligen Bauernhäuschen die Ferien verbringt. G. Tomamichel, dessen Illustrationen schon so vieler Kinder Entzücken geworden sind, prägt auch hier die heiteren Geschehnisse durch lustige Figuren und Farben ein.

Märchenfrau und Maserdichter. Briefwechsel zwischen Malbida von Mehgenburg und Ludwig Sigmund Ruhl. (G. S. Beck, München.) — Eine eigenartige, geistig vornehme Atmosphäre waltet in diesem Buch, dem Briefwechsel der Siebzigerjahre mit dem Neunzehnjährigen, eine Atmosphäre, die wir heute nicht mehr atmen, zu der wir aber mit Heimech zurückblicken, zu der wir mit Verehrung aufblicken. Denn, vor allem, uns Heutigen ist die Übung hochstehenden Briefwechsels abhanden gekommen. Das Buch kann wesentlich nur von älteren Leuten gerühmt werden. Relativ zu ihrem neunzigjährigen Korrespondenten erscheint die siebzehnjährige Malbida als die enthusiastischste Jugendliche. Relativ zu ihrem in Kraft feststehenden Partner erscheint sie, bald von Rom, Neapel, bald von Versailles schreibend, als die Bewegliche. Während in ihm doch etwas von Skeptizismus, Melancholie, Verfinnenheit lebt, ist sie die offene und heitere, der Jugend und Schönheit frei zugewandte. So fügen diese Briefe zum Bild Malbidas neue ergänzende Züge und werden jedem Verehrer der großen Frau willkommen sein. Zugleich rufen sie in Ruhl einen alten, vergessenen Maler und Dichter, jedenfalls auch eine bedeutende Persönlichkeit in Erinnerung. Seine persönlichen Kunstansichtungen werden freilich in unserer Zeit wenig teilnehmende Freunde finden. Giulio Romano über Raffael zu stellen, geht doch wohl nicht an, wie sich auch Malbida trotz besten Willens instinktiv dagegen wehrt. Daß in dem Briefwechsel der beiden Alten, neben der selbstverständlichen Klage über die Gegenwart und Reiz der Vergangenheit, die Fragen vom Tode und von der Unsterblichkeit eine Rolle spielen, ist natürlich; und gerade um dieser Abhandlungen willen, dieser Blitze ins Unbekannte Land sind die Briefe von allgemeiner Bedeutung für die Menschheit. Alles in allem ein edles, tief-sinniges, modernes Buch, das vielen Freude bereiten möge. D.

Öffentliche Sparkasse Hahmersheim

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:		Schulden:	
RH		RH	
1. Kassenbestand	1 882,14	1. Spareinlagen	91 552,72
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale usw.	6 755,13	2. Aufwertungseinlagen	47 490,62
3. Darlehen auf Hypotheken	45 949,—	3. Rücklage:	
4. Darlehen a. Schuldschein	41 514,25	gefeh. Reservefonds	3 112,73
5. Aufwertungs-		Kreingewinn d. Jahres 1928	2 824,04
forderungen	42 869,11		
6. Aufwertungs-			
verrechnungsfonto	4 621,51		
7. Einnahmerückstände	1 383,97		
8. Gerätschaften	5,—		
	<u>144 980,11</u>		<u>144 980,11</u>

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 91 552 RM Einlagen = 7 324,16 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 5 936,77 RM
 Somit weniger = 1 387,39 RM

Hahmersheim, den 27. November 1929. 83,827
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Ged.
 Der Rechner: Müßig.

Freihändiger Vorverkauf von Weihnachts- und Rotulmen, Bad. Forstamt Schweigen, Mittwoch, den 4. Dezember 1929: circa 70 km Weihnachtsbuch, Klasse III-VI und circa 150 km Rotulmen, Klasse I-IV. Auskunft durch das Forstamt. Das Forstamt Schweigen vertiegt am

Diensdag, 3. Dezember d. J., nachmittags 3 Uhr, im Domänenpald IV, 8 „Rohrdommekopf“, bei Weisweil, an Ort und Stelle auf dem Stad circa 260

Städt. Sparkasse Rühl a. Rhein

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Soll		Haben	
RH		RH	
1. Kassenbestand	10 958,32	1. Spareinlagen	2 008 981,06
2. Banken und Postschek	202 135,47	2. Giroeinlagen	710 284,22
3. Wechsel	59 683,08	3. Aufwertungseinlagen	728 314,09
4. Wertpapiere	1,—	4. Rücklagen	67 882,06
5. Hypotheken	1 833 420,80	5. Reingewinn 1928	35 385,59
6. Schuldscheindarlehen	46 809,—		
7. Darlehen in laufender Rechnung	540 711,04		
8. Vorschüsse	663,63		
9. Gebäude	110 484,—		
10. Geräteskonto	23 443,—		
11. Rückstände	31 381,21		
12. Aufwertung	691 176,38		
	<u>3 550 846,93</u>		<u>3 550 846,93</u>

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 2 719 265,28 RM Einlagen = 135 963,26 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 103 267,56 RM
 Fehlbetrag = 32 695,70 RM

Rühl, den 1. Oktober 1929.
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Luthmer, Bürgermeister.
 Der Geschäftsleiter: Verning.

Badisches Landestheater

Freitag, 29. November 1929
 * F 9 (Freitagmiete)
 Th.-Gem. II. S.-Or. und 1501—1550

Ghwanda, der Dudelsackpfeifer
 Oper von Weinberger
 Dirigent: Schwarz
 Regie: Rußbecker
 Mitwirkende:
 Mantl, Winter, Größinger
 Gopbach, Rainbach, Rießer,
 Rauffötter, Bindemann, Köfer,
 Rentwig, Derner,
 Schuster

Anfang 20 Ende 22 1/2,
 Breife C (1—7 RM)

Samstag, 30. November:
 Zum ersten Male: Kolonne
 Bund, So. 1. Dez.: Coben-
 gein. Im Konzerthaus:
 Einmaliges Gastspiel Kon-
 rad Dreher: Der wunder-
 tätige Antonius. Kon-
 tag, 2. Dez.: 3. Sinfonie-
 Konzert.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Druck G. Braun, Karlsruhe